

# Die Arabellion

*Ralph Ghadban*

*Europa-Union Deutschland - Rüsselsheim den, 11.11.2011*

---

## Der Zustand der arabischen Welt

### *The Human Development Report 2003*

Nach dem zweiten Arab Human Development Report 2003 der Vereinten Nationen (AHDR) leben 284 Millionen Araber in 22 Ländern und stellen 5% der Weltbevölkerung. Die Geburtenraten gehören zu den höchsten in der Welt. Der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 14 Jahren an der Gesamtbevölkerung ist mit 39% der höchste überhaupt in der Welt. Die Lebenserwartung ist insgesamt mit 67 Jahren höher als der Weltdurchschnitt, bei den Frauen allerdings liegt sie darunter wegen der hohen Sterblichkeit unter den Schwangeren.

70% der Einkünfte der arabischen Länder stammen vom Ölverkauf und sind nicht erwirtschaftet, deshalb sprechen die Politologen von Rentierstaaten. Der Reichtum ist unterschiedlich verteilt. Kuwait liegt an der Weltspitze hinter Kanada auf dem zweiten Platz, Djibuti dagegen liegt ganz unten vor Sierra Leon auf dem vorletzten Platz.

Die Hauptursachen der Unterentwicklung in den arabischen Ländern führt der Bericht auf drei Aspekte zurück. Es sind der Mangel an Freiheit, die Unterdrückung der Frau und die Ineffizienz des Bildungssystems.

Weltweit werden die Freiheiten und die politische Partizipation am meisten in den arabischen Ländern eingeschränkt. Die Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen ist weitgehend vom Staat lahm gelegt und die Pressefreiheit ist eine Makulatur. Die Medien unterliegen einer scharfen Zensur und sind weitgehend im Staatsbesitz.

Nirgendwo in der Welt ist die Frau vom öffentlichen Leben so ausgeschlossen wie in den arabischen Ländern. Sie verzeichnet weltweit die niedrigste Beteiligung am Arbeitsleben und an der Politik. Jede zweite Frau ist Analphabetin. Die Frauen genießen nicht überall dieselben Rechte wie die Männer und können nicht überall wählen.

65 Millionen erwachsene Araber sind Analphabeten, zwei Drittel davon sind Frauen. Zehn Millionen Kinder im Schulalter sind nicht eingeschult. Die Ausgaben für die Bildung sind sehr niedrig, das Forschungsbudget stellt mit 0,2% ein Siebtel des Weltdurchschnitts dar. An den Hochschulen bilden die Studenten der Naturwissenschaften nur 20% der Gesamtstudentenschaft. Auf eine Million Personen kommen 371 Fachkräfte, der Weltdurchschnitt liegt bei 979.

Eine Verschlechterung der Bildungsqualität ist überall feststellbar. Sie ist hauptsächlich auf den Mangel an qualifiziertem Personal zurückzuführen. Die gut Ausgebildeten verlassen das Land. Zwischen 1998 und 2000 sind 15.000 Dokortitelträger ausgewandert. Die Bildung ist dem Arbeitsmarkt nicht angepasst und garantiert daher keine Beschäftigung. Die Arbeitslosigkeit beträgt 15%, und bildet die Hauptsorge der jungen Generation; die Umfragen zeigen, dass 51% der Jugendlichen auswandern wollen.

Nach diesen Zahlen wundert es nicht, dass die Teilhabe der Bevölkerung an der Kultur genau so dramatisch ist. Auf tausend Personen werden 53 Zeitungsexemplare gedruckt, im Westen sind es 285. Die Verbreitung des Computers ist mit 1,2% gering, das Benutzen des Internets ist am niedrigsten in der Welt und beträgt 0,6%.

Die 284 Millionen Araber stellen 5% der Weltbevölkerung, produzieren aber nur 1% der Bücher. Es werden mehr religiöse Bücher als sozial- und naturwissenschaftliche Bücher produziert, ihr Anteil liegt mit 17% weit über dem Weltdurchschnitt von 5%. Auch ist die Kenntnis fremder Kulturen sehr eingeschränkt. In allen arabischen Ländern werden jährlich 330 Bücher übersetzt, das ist ein Fünftel der Übersetzungen, die allein in Griechenland stattfinden.

Das Hauptproblem für viele arabische Länder ist und bleibt die demographische Explosion, weil das ökonomische Wachstum nicht in der Lage ist, mit ihr Schritt zu halten. In den letzten 50 Jahren ist die Population von Ägypten und Tunesien um das 2,8-fache gewachsen, in Marokko um das 3,07-fache, in Algerien um den Faktor 3,5, im Jemen um den Faktor 4,6, in Syrien um das 5,1-fache und in Libyen sogar um das 6,5-fache. Zum Vergleich: Die Bevölkerung in Deutschland stieg trotz Immigration und Einbürgerung nur um den Faktor 1,08. Die gesamtarabische Bevölkerung wuchs von 122 Millionen Menschen im Jahr 1970 auf 307 Millionen im Jahr 2004, und es sind 484 Millionen im Jahr 2025 zu erwarten. Die Weltbank verlangt bis dahin die Schaffung von 100 Millionen Arbeitsplätzen als Minimallösung - eine Illusion.

Die Aufstände sind das Resultat dieser Entwicklung, die seit Jahren als tickende Bombe bekannt ist. Das ist an erster Stelle eine demographische apolitische Revolution, eine Revolution der Jugend für eine bessere Zukunft, von der sie allerdings keine klaren Vorstellungen hat.

## Die arabische Welt vor der Frühlingsrevolution

Die Periode der Entkolonisierung nach dem Zweiten Weltkrieg wird durch zwei Faktoren bestimmt: Erstens die Entstehung des Staates Israels 1948 und zweitens den Ausbruch des kalten Krieges kurz davor (1947-1972). Der erste hat die Entwicklung von Demokratien verhindert und der zweite hat den Aufstieg der Islamisten begünstigt.

Die Kolonialmächte haben mehr oder weniger freiwillig die Grundlagen der liberalen Demokratie in vielen Ländern gelegt, die Zahl der Demokraten in diesen Ländern ist aber in Grenzen geblieben. Es fehlte einfach ein starkes Bürgertum, das seine Interessen in der Gesellschaft durchsetzen und einen bürgerlichen Staat errichten konnte.

Bei einer friedlichen Entwicklung wären die von den Kolonialherren angelegten demokratischen Strukturen wie Verfassung, Parlamente, Wahlen, friedlicher Machtwechsel vielleicht zum Tragen gekommen. Die Gründung des Staates Israels und die Vertreibung der Palästinenser aus ihrem Lande schafften einen Kriegszustand, der das Militär auf die politische Bühne brachte. Das Militär rechnete schnell mit dem sich in Entstehung befindlichen Bürgertum ab und spielte sich als Anführer der panarabischen Befreiungsbewegung vom Zionismus, Imperialismus und Feudalismus auf.

Der erste Militärputsch fand 1949 in Syrien statt, er stand in direkter Verbindung mit der Niederlage in Palästina ein Jahr zuvor. Ähnlich war es mit dem Militärputsch 1952 in Ägypten. Seitdem diente der angebliche Kampf gegen Israel und seine Alliierten als Legitimierung aller Putschversuche in der arabischen Welt. In diesem Kampf schlug sich der Westen auf die Seite Israels. Gemeinsam zettelten sie den Krieg um den Suezkanal 1956 an. Die Araber fanden in der Sowjetunion einen Verbündeten. Den ersten Waffenvertrag mit dem Ostblock schloss Syrien 1955 ab und 1958 beauftragte Ägypten die Sowjetunion mit dem Bau des Assuandamms.

Trotz der Konferenz von Bandung, die auf der Initiative von Nasser, Tito und Sukarno 1955 stattfand mit dem Ziel ein drittes, aber neutrales politisches Lager im Kalten Krieg zwischen Ost und -West zu bilden,

betrachtete der Westen die arabischen nationalistischen Regime als seine Feinde. Diese schlugen sich auf die Seite der Sowjetunion und begannen ihr politisches System nachzuahmen und bildeten in Syrien, dem Irak, Ägypten, Libyen, Sudan und Jemen Einheitsparteien, manchmal unter dem Deckmantel von Volksfronten. Ähnlich ging es Tunesien und Algerien, deren Volksfronten dem Befreiungskrieg gegen die Kolonialmacht Frankreich entstammten.

Diese autoritären Regime begannen mit dem Abbau der Demokratie, ihre Hauptfeinde waren die säkularen demokratischen Kräfte, oft aus der eigenen Reihen, für deren Ausrottung sie im Laufe der folgenden Jahrzehnte sorgten, bevor die Islamisten als einzige Widersacher übrig geblieben sind und zum Hauptfeind erklärt wurden. In den übrigen arabischen Ländern haben die säkularen Kräfte, verkörpert in der panarabischen Bewegung, nie richtig Fuß gefasst. Marokko, Jordanien, Saudi Arabien und Jemen waren alle mehr oder weniger religiös legitimierte Königsreiche. Sie waren die Verbündeten des Westens.

Schon 1953 knüpften die USA Kontakte zur Muslimbruderschaft mit der Absicht, die Religion gegen den Kommunismus zu mobilisieren. Die zweite Bandung Konferenz 1958, in der China eine wichtige Rolle spielte, beschleunigte die Zusammenarbeit des Westens mit der Muslimbruderschaft, die von den Amerikanern von Anfang an als islamische Reformbewegung betrachtet wurde. Nach der Intervention ägyptischer Truppen zur Unterstützung der Revolution gegen König Badr im Jemen 1962 unterstützte der Westen die Gründung der islamischen Weltliga unter der Führung Saudi-Arabiens im selben Jahr.

Im Junikrieg 1967 erlitten die nationalistischen Regime, angeführt von Abdel Nasser, eine vernichtende Niederlage Israel gegenüber. Ihr Lager begann zu bröckeln. Nach dem Oktoberkrieg von 1973 wechselte Ägypten zum amerikanischen Lager, 1978 besuchte Sadat Jerusalem und 1979 unterschrieb er das Camp David-Friedensabkommen mit Israel. Ähnlich erging es dem Irak. Nach dem Erfolg der islamischen Revolution im Iran 1979 fühlte sich das Regime Saddam Husseins genau wie die anderen Golfstaaten bedroht. Unterstützt von ihnen und vom Westen griff er 1980 den Iran an.

Die Niederlage von 1967 hatte gezeigt, dass die nationalistischen Regime trotz ihrer kämpferischen Propaganda auf eine ernsthafte Konfrontation mit Israel nicht vorbereitet waren bzw. nicht beabsichtigten, ihre eigenen revolutionären Sprüche in Taten umzusetzen. Ihre Ideologie war gescheitert. Die Konsequenz war der Aufstieg der Islamisten als

ernsthafte Bedrohung, weil sie in dieser tiefen Stimmung der Niedergeschlagenheit eine Ideologie der Hoffnung boten: Der Islam ist die Lösung.

Mit dem Einmarsch der Sowjetunion 1979 in Afghanistan erreichte die Zusammenarbeit der Islamisten mit dem Westen ihren Höhepunkt. Sie wurden in jeder Hinsicht unterstützt. Im Jahre 1989 implodierte die Sowjetunion und die Russen verließen das Land. Der Kommunismus als Hauptfeind der Islamisten hörte auf zu existieren. Sie wandten sich nun gegen den zweiten Feind, nämlich den Westen und seine Handlanger in der islamischen Welt. Die arabischen Afghanis kehrten nach Hause zurück und stärkten die Dihadisten überall in den arabischen Ländern.

Die arabischen autoritären Regime, die bislang im Schatten des Ost-Westkonflikts primär auf die Repression ihrer Völker für die Erhaltung ihrer Macht gesetzt haben, änderten zur Zeit der demokratischen Umwälzungen in Osteuropa, Lateinamerika und Südostasien ihre Politik und begannen ihre Völker zu umwerben, indem sie selber das Programm der Islamisten erfüllten. Es folgte eine allgemeine Islamisierung, insbesondere der nationalistischen Regime, die im Prinzip dem Säkularismus verpflichtet waren.

Vor dem Ende der Sowjetunion hat der neue Machtinhaber in Ägypten, ab 1970 Anouar al-Sadat, auf die Islamisten gesetzt, um seine linken nasseristischen Parteigenossen in Schach zu halten. Er entließ die Muslimbrüder aus der Gefangenschaft, forcierte die Islamisierung des Staates und änderte die Verfassung. Die erste ägyptische Verfassung von Ägypten vom Jahre 1923 sah die Gleichheit aller Bürger vor. Die erste Verfassung von Abdel Nasser 1956 nach dem Militärputsch erwähnte schon den Islam als Staatsreligion. Im Jahre 1971 änderte Sadat die Verfassung und im Artikel zwei stand nicht nur, dass der Islam Staatsreligion sei, sondern auch, dass die Scharia eine Quelle der Gesetzgebung ist. Im Jahre 1980 wurde Artikel zwei geändert, die Scharia wurde anstatt einer Quelle der Gesetzgebung zu ihrer Hauptquelle.

Um diesen Artikel geht die Auseinandersetzung im Moment zwischen Säkularen und Islamisten. Die Befürchtungen sind groß, dass die Islamisten die Gewinner des arabischen Frühlings werden. Die Wahlergebnisse in Tunesien scheinen dies zu belegen. Man denkt, islamische Staaten werden auf dem demokratischen Weg die alten Diktaturen, aber immerhin säkulare Regime, ablösen. Ein Blick auf die Verfassungen vermittelt jedoch einen anderen Eindruck.

Bei ihrer Entlassung in die Unabhängigkeit erkannten nur drei arabische Länder die Gleichheit aller Bürger. Es waren Ägypten, Sudan und der Libanon. Ägypten hat sich, wie gesehen, islamisiert. Der Sudan folgte auch, die Gleichheit in der Verfassung von 1956 und 1964 wurde 1973 aufgehoben und die Scharia als Quelle der Gesetzgebung für Muslime eingeführt. Für die anderen galt das Gewohnheitsrecht bzw. das religiöse Personalrecht für die Christen. Die Verfassung von 1998 ging so weit und sprach von der Herrschaft Gottes, *Hakimiyyat Allah*, die letzte von 2005 von der Scharia auf nationaler Ebene, angewandt nur auf die Muslime, der Machtinhaber al-Baschir droht aber ständig damit, ihre Gültigkeit auf alle Bürger auszudehnen. Nur der Libanon hat den Grundsatz der Gleichheit bis heute bewahrt.

Die Palästinenser haben noch keinen Staat, sind aber Vollmitglied der Arabischen Liga. In der palästinensischen Nationalcharta von 1968 strebten sie die Gleichheit aller Bürger an, auch der jüdischen Bürger, die vor der Gründung des Staates Israels in Palästina ansässig waren. Die Verfassung der Autonomiebehörde vom 2003 sieht einen islamischen Staat für die Zukunft vor. Artikel vier spricht von dem Islam als Staatsreligion und der Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung. Das hat seiner Zeit eine heftige Reaktion des palästinensischen Bischofs von Jerusalem hervorgerufen, ohne Konsequenzen.

Eine zweite Gruppe von Ländern hat den Islam als Staatsreligion und als Rechtssystem von Anfang an übernommen. Es sind die Länder Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, die Emirate, Oman, Mauretanien. Eine dritte Gruppe hat am Anfang den Islam nur als Staatsreligion: Algerien, Marokko, Tunesien, Irak, Libyen und Somalia. Die drei letzten Länder haben später die Scharia eingeführt. Libyen spricht 1991 sogar vom Koran als Verfassung des Landes. Syrien ist neben dem Libanon das einzige Land, dass sich relativ fern von der Scharia hält, seit der Verfassung von 1950 ist die Rede vom Islam als Religion des Staatsüberhauptes und anstatt der Scharia wird das islamische Recht, *fiqh*, als eine Quelle der Gesetzgebung betrachtet.

Die Bilanz sieht ernüchternd aus. Von den 20 arabischen Ländern hatten früher nur sieben die Scharia als Verfassung, acht den Islam als Staatsreligion und vier die Bürgergleichheit. Heute gelten in 15 Ländern die Scharia, in vier der Islam als Staatsreligion und in einem einzigen Land die Bürgergleichheit. Die Zahl der Schariastaaten hat sich mehr als verdoppelt. Man kann sich fragen, was können die Islamisten noch mehr tun, wenn sie an die Macht gelangen?

## Auf den Weg zur Revolution

Die autoritären nationalistischen Regime haben die säkularen Demokraten vernichtet, die Islamisten zerschlagen und ihre revolutionäre linke Legitimation mit dem Islam getauscht. Sie verwandelten sich in Diktaturen. Die Verachtung ihrer eigenen Völker war grenzenlos. Sie wollten nach dem Beispiel der Könige dynastische Herrschaften gründen. Baschar al-Assad erbt in Syrien im Jahre 2000 die Macht von seinem Vater. Wäre Saddam Hussein am Leben, wäre dasselbe im Irak geschehen, wobei man damals darüber diskutierte, ob seine Söhne sich einigen werden oder ob es zu einem Machtkampf kommen wird. Bei Ghadafi in Libyen war am Ende klar, dass Saif al-Islam sein Nachfolger sein wird.

### **Ägypten**

In Ägypten ging der Beerbungsprozeß nicht reibungslos. Mitte der 90er Jahren begann Mubaraks Sohn Jamal eine immer größere Rolle in der Politik zu spielen, wogegen keine Einwände bestanden, bis Mubarak anfang ab 2005 die Gesetze maßzuschneidern, um den Weg zur Macht für seinen Sohn zu ebnen. Das Statut der regierenden Partei wurde entsprechend angepasst und Artikel 76 der Verfassung geändert.

Parallel dazu forcierte Mubarak seit den 90er Jahren die Privatisierung des öffentlichen Sektors, was einerseits dem Militär seine wirtschaftliche Basis entzog und es damit schwächte und andererseits die Entstehung einer Schicht von Geschäftsleuten, eng mit der regierenden Partei verbunden, begünstigte. Mubaraks Clan und die neuen Reichen haben gemeinsam mit der Verwaltung, die von der regierenden Partei *al-hizb al-watani* beherrscht ist, die Ressourcen des Landes schamlos beraubt. Die Kluft zwischen der kleinen Gruppe der unermesslich Reichen und der breiten Masse der Bevölkerung wurde immer größer. Die Mittelschicht verarmte. Eine Schar von Akademikern war unter anderem auf Arbeitssuche.

Das Ergebnis dieser Politik war das Verdrängen des Militärs zugunsten der Neureichen, deren Einfluss auf die Politik immer größer wurde. Für die Durchsetzung seiner Politik stützte sich das Regime immer mehr auf die Sicherheitskräfte. Das erklärt, warum das Militär nicht hinter Mubarak stand, als er in Bedrängnis geriet. Das Militär blieb neutral und ließ ihn fallen. Das war ein Hauptgrund für den Erfolg der friedlichen Revolution am 25. Januar 2011. Die Korruption zersetzte die staatlichen öffentlichen Dienste wie Transport, Bildung und Gesundheitswesen. Die Menschen waren mit dem Kampf ums Überleben voll beschäftigt. Alle

Untersuchungen und Analysen stellten bei ihnen einen Mangel an politischem und sozialem Interesse fest. Die Menschen glaubten nicht mehr daran, etwas bewegen zu können, sie waren hoffnungslos. Die Herrschenden glaubten fest im Sattel zu sitzen und ihre Arroganz war ohnegleichen.

Dieser Zustand wurde vom Westen kräftig unterstützt, weil er seinen Interessen diene. Die Interessen des Westens bestanden erstens im Kampf gegen den islamischen Terrorismus, zweitens in der Sicherung der Existenz Israels und drittens in der Ölversorgung. Außer Syrien, Sudan und teilweise dem Libanon hatte der Westen alle arabischen Ländern auf seine Seite gezogen und sie unterstützten mehr oder weniger diese Interessen. Das erklärt, warum sich der Westen beim Ausbruch des arabischen Frühlings zögerlich bis ablehnend verhielt.

### ***Tunesien***

In Tunesien ist die Situation mit der in Ägypten vergleichbar. Ben Ali, der gegen seinen Vorgänger Bourgiba 1987 putschte, näherte sich, wie Sadat vor ihm, den Islamisten an. Er erhoffte sich, dadurch eine breite Unterstützung von der Bevölkerung. Er entließ den Chef der verbotenen al-Nahda Partei, Rasched al-Ghannouschi, der eine Strafe von zehn Jahren verbüßte und seine Kampfgenossen aus der Haft. Die Nahda-Partei wurde wieder legalisiert. Nachdem er seine Macht verfestigt hatte, verbot Ben Ali die Partei und begann die Verfolgung der Islamisten. Al-Ghannouschi ging ins Exil.

Der Kampf gegen den Islamismus bot Ben Ali eine willkommene Legitimierung seiner Macht, die er ausnutzte, um demokratische Rechte einzuschränken bzw. die demokratischen Kräfte und die Medien unter seiner Kontrolle zu halten. Das geschah mit der Einwilligung des Westens, der den Abbau der Demokratie als Preis für den Kampf gegen die Islamisten im Kauf nahm. Ben Ali errichtete seine Diktatur und weil er aus den Geheimdiensten kommt, stützte er sich auf die Sicherheitskräfte auf Kosten der Armee. Den zwanzigtausend Soldaten standen über hunderttausend Bedienstete der Sicherheitskräfte gegenüber.

Wie in Ägypten auch begannen Ben Ali und sein Clan, umgeben von einer Schicht von Neureichen, das Land und seine Ressourcen schamlos auszuplündern. Und wie in Ägypten waren auch hier die Menschen hoffnungslos und führten einen harten alltäglichen Kampf ums Überleben. Als eine Polizistin am 17.12.2010 den arbeitslosen Gemüsehändler Mohammad Bouazizi auf dem Marktplatz der kleinen



Stadt Sidibouzaïd ohrfeigte, weil er keine Genehmigung besaß, war dies ein Akt der Erniedrigung und der existentiellen Bedrohung. Bouazizi hatte eine Familie zu ernähren. Er zündete sich an und damit die ganze arabische Welt.

## Die Frühlingsrevolution

Millionen von Menschen gingen in der arabischen Welt auf die Straße und forderten Menschenwürde, Demokratie und Chancengleichheit. Kein Wort vom Kampf gegen Zionismus und Imperialismus. Sie wollten ein besseres Leben, ein würdiges Leben. Ohne Einmischung des Westens haben sie die westlichen Werte übernommen. Der Westen hat die universalen Werte der Menschenrechte erfunden, hat sich daran in seiner Politik dem Rest der Welt gegenüber aber nie gehalten. Selbst zu Hause hat er zur Zeit des Postmodernismus und Multikulturalismus seine universalen Werte so relativiert, dass sie überall als spezifisch westliche Werte erschienen und als solche attackiert wurden. In diesem Sinne kann der Westen von dem arabischen Frühling lernen, dass, was er mit der Aufklärung entwickelt hat, doch universell gelten kann.

### *Tunesien*

Als der Aufstand ausbrach, konnte Bin Ali mit der Unterstützung der Armee nicht rechnen, sie blieb neutral. Die Polizei verhielt sich weitgehend zurückhaltend, aus Furcht vor einer Konfrontation mit der Armee, und die Bevölkerung vermied es, die Polizei zu provozieren. Für Unruhen sorgten die verschiedenen Geheimdienste, die Aufständischen antworteten darauf mit der Bildung von Komiteen für den Schutz ihrer Wohnviertel.

Die Führer der Opposition kehrten zurück und gründeten Parteien und beteiligten sich an der Revolution. Bis Ende März 2011 waren 49 Parteien zugelassen und weitere 51 Anträge waren in Bearbeitung. Die Rebellion vertrieb die erste Regierung und sorgte allmählich für die Entfernung aller Politiker des Ancien Regime. Sie veranlasste am 18. Februar die Gründung eines hohen Gremiums für die Verwirklichung der Ziele der Revolution, das nach seiner Erweiterung alle Parteien und aktiven Kräfte in der Gesellschaft umfasste.

An den Wahlen am 23. Oktober für die Gründungsversammlung, deren Aufgabe in der Verabschiedung einer neuen Verfassung besteht, nahmen 80 Parteien und viele Unabhängige teil. Um die 217 Parlamentssitze bewarben sich circa 11.000 Kandidaten. Sieger wurde die islamistische

al- Nahda Partei, sie erhielt 41% der Stimmen bzw. 90 Sitze im Parlament. Sie ist für die Regierungsbildung auf die Koalition mit anderen Parteien angewiesen. Das war ihre Intention vor den Wahlen und sie bestätigte es danach, indem sie Verhandlungen mit den nach ihr zwei großen Parteien begann.

Die Islamisten sind an die Macht gekommen und man fragt sich, ob sie die Erfahrungen von Al-Baschir im Sudan und Hamas in Palästina wiederholen werden oder einen neuen Weg einschlagen werden. Al-Ghannouschi, der Gründer und Chef von Al-Nahda, hat nach seiner Rückkehr aus dem Exil nicht aufgehört zu wiederholen, daß sie an der Demokratie festhalten und ihr Vorbild das System von Erdogan in der Türkei wäre, dass sie die Rechte der Frauen nicht antasten und die persönlichen Freiheiten durch die Scharia nicht einschränken werden.

Die Demonstrationen von verschleierten Frauen zugunsten des Schleiers haben die Liberalen erschrocken, trotz der Tatsache, dass der Schleier zur Religionsfreiheit gehört, und das ist den meisten Liberalen bewusst. Ihre Angst aber zeigt, wie groß das Misstrauen ist. Die Türkei als Referenz zu nennen, ist für viele keine Garantie. Deshalb müssen wir die Entwicklung aufmerksam beobachten. Eine neue Erfahrung ist im Gange und eine öffentliche demokratische Auseinandersetzung findet statt, die bis jetzt positiv verlaufen ist. Wichtig dabei ist die Tatsache, dass die Revolutionen nicht von den Islamisten initiiert wurden. Sie haben sich angehängt und sie werden sich ernsthaft überlegen, ob die Bevölkerung ihnen folgen wird, falls sie die Revolution stehlen.

Erdogan als Demokrat hat die Wahlen bis jetzt gewonnen. Wir wissen nicht, ob er bei einer Niederlage eine friedliche Übergabe der Macht hinnimmt. Manche Zeichen sind beunruhigend: Unterwanderung der Armee, der Justiz und der Verwaltung durch seine Anhänger. Einschränkungen der Pressefreiheit, 56 Journalisten sitzen im Gefängnis. Ständig versucht er den Alkohol in der Öffentlichkeit zu verbieten, und die Säkularität des Staates zu untergraben.

Manche vermuten sogar, dass Erdogan mit der bevorstehenden Verfassungsänderung ein System à la Russland errichten wird, indem er mit Gül die Posten des Premierministers und des Staatspräsidenten abwechselnd besetzt, wie Putin und Medwedew uns jetzt vorführen. Die Unsicherheit der türkischen Referenz wird auch dadurch verstärkt, dass die arabischen Islamisten das türkische Modell unterschiedlich sehen. In Tunesien bedeutet das Beispiel der säkularen Türkei für al-Nahda die

Zukunft, in Ägypten sehen die Muslimbrüder in diesem Modell die Vergangenheit, nämlich das Osmanische Reich.

## **Ägypten**

In Ägypten begannen die großen Demonstrationen am 25. Januar ohne die Islamisten, die sich am 29. der Bewegung anschlossen. Mubarak versprach Anfang Februar, einige Reformen und nicht weiter zu kandidieren; ermutigt durch die Ereignisse in Tunesien forderten die Revolutionäre aber seinen Abgang. Das geschah am 11. Februar, nicht nur, weil die Hilfe der Armee ausblieb, sondern auch, weil das Militär seinen Rücktritt forderte.

Vier Tage später am 15. Februar bildete der Oberrat der Armee, der die Macht von Mubarak übernahm, eine Kommission für die Änderung von sechs Artikeln der Verfassung. Die ernannten Mitglieder der Kommission erweckten jedoch schlimme Spekulationen über ein mögliches Bündnis zwischen dem Militär und der Muslimbruderschaft. Der Vorsitzende der Kommission war ein nicht organisierter Islamist, als einzige Organisation war die Muslimbruderschaft vertreten, der Rest der Mitglieder bestand aus Technokraten, auch der einzige Christ in der Kommission vertrat in keiner Weise die Kopten Ägyptens. Diese Befürchtungen erhärteten sich, als in der Vertretung der Jugend der Revolution, *i'tilâf schabâb al-thaura*, die Muslimbrüder andere Positionen vertraten und nebenbei ein anderes Gremium für die Führung der Revolution gründeten, *Majlis umanâ' al-thaura*. Man begann sich zu fragen, ob sie die Revolution stehlen wollen.

Am 26. Februar gab die militärische Führung die Änderungen der Verfassung bekannt. Sie erleichterten die Betätigung der Parteien und ihre Beteiligung an den Wahlen, die unter der Aufsicht der Justiz gestellt wurden. Das gewählte Parlament sollte dann eine Gründungsversammlung von hundert Personen wählen, die innerhalb sechs Monaten eine neue Verfassung ausarbeiten sollen. Die jetzt geänderte Verfassung sollte per Referendum in den nächsten Wochen bestätigt werden.

Die liberalen Kräfte waren mit diesem Verlaufsplan nicht einverstanden. In der kurzen Zeit bis zu den Wahlen im September (der Termin wurde später auf November verschoben) waren sie nicht in der Lage, sich in bedeutenden Parteien zu organisieren. Die einzigen gut Organisierten sind die Muslimbrüder und sie werden das Parlament beherrschen und eine Gründungsversammlung nach ihrem Geschmack wählen, die eine Verfassung nach ihren Vorstellungen erstellt.

Die Liberalen schlugen vor, dass zuerst der Staatspräsident gewählt werden soll, der dann eine Verfassungskommission beruft, in der alle Kräfte der Gesellschaft vertreten werden. Und anschließend finden Parlamentswahlen statt. Die Liberalen konnten sich nicht durchsetzen.

Am 20. März fand das Referendum statt. Die Islamisten, die eine religiöse Kampagne führten für die Verteidigung des Islam gegen die Säkularen und die Kopten, gewannen mit erdrückender Mehrheit. 77,2% der Wähler stimmten den Änderungen zu. Seitdem halten die Islamisten an dem Verlaufsplan des Militärrats fest.

Am 30. März gab der Militärrat eine Interimsverfassung bekannt, ausgearbeitet von der immer noch bestehenden Verfassungskommission. Sie enthält nach wie vor den Artikel zwei der alten Verfassung, der die Scharia als Hauptquelle der Gesetzgebung erwähnt. Ein Streit darüber in der Öffentlichkeit zeigte die Toleranzgrenze der Islamisten in Fragen der Demokratie. Sie wären bereit, bei einer Wahlniederlage das Ergebnis zu akzeptieren bzw. die Macht abzugeben. Sie sind aber nicht bereit, auf Artikel zwei der Verfassung zu verzichten und werden nie eine Frau oder einen Christ für das Amt des Staatspräsidenten aufstellen.

Bei seinem Besuch in Ägypten im September wurde Erdogan am Flughafen von den Islamisten groß empfangen mit Rufen zur Wiederbelebung des osmanischen Kalifats wie: „Ägypten und die Türkei sollen unter dem islamischen Kalifat vereint sein“. Erdogan empfahl ihnen dagegen, den säkularen Staat, der die Religionsfreiheit für alle Bürger garantiert. Sie wandten sich am selben Tag von ihm ab und forderten ihn auf, sich in die inneren Angelegenheiten Ägyptens nicht einzumischen. Diese Episode verrät, dass sie ihre Grundeinstellung nicht geändert haben.

Das war noch deutlich zu sehen, als die Regierung im August ankündigte, ein Dokument über die konstitutionellen Grundprinzipien zu verabschieden, das bindend für die Ausarbeitung der Verfassung durch die künftige Gründungsversammlung sein soll. Die Islamisten aller Schattierungen lehnten vehement das geplante Dokument ab, vor allem weil er neben der Scharia das religiöse Recht anderer Konfessionen anerkennt und die Säkularität des Staates festlegt. Sie hielten an den alten für sie vorteilhaften Verlauf fest.

Das Grundsatzpapier erregte Ende August wieder Aufsehen, als bekannt wurde, dass das Militär seine Rolle in der Zukunft festschreiben wollte. Das Militär sieht sich als Garant des säkularen Staates wie in der Türkei und erlaubt im Namen der nationalen Sicherheit keinen Einblick in sein

Budget. Damit brachte das Militär alle politischen Kräfte, von den Islamisten bis zu den Liberalen, gegen sich auf. Die kleine Korrekturen Anfang November änderten nichts an dieser Situation.

### ***Die islamistische Gefahr***

Vor der Revolution dominierte in Ägypten die Regierungspartei *al-hizb al-watani* und in der Opposition die verbotene Bewegung der Muslimbrüder, deren Kandidaten für die Wahlen als Unabhängige auftraten. Es existierten einige kleine liberale Parteien wie *al-Wafd* und verbotene islamistische Organisationen wie *al-djihad* und *al-jamaat al-islamiyya*. Die Salafiten waren auf den Vormarsch, kümmerten sich aber nicht um die Politik.

Mit der Revolution und der Freiheit änderten sich die Spielregeln. Wer am Ball bleiben möchte, musste sich auf den demokratischen politischen Markt begeben und um die Gunst der Menschen werben. Die islamistischen Bewegungen entschieden sich, eigene Parteien zu schaffen.

Die Muslimbrüder gründeten *hizb al-hurriyya wal-adala*. Die Salafiten gründeten *hizb al-nur*, *hizb al-asala* und *hizb al-fadila*. Die Jamaat al-islamiyya gründete *hizb al-bina' wal-tanmiya*. Al-djihad nutzte *hizb al-salama wal-tanmiya*. Neue islamistische Parteien wurden gegründet wie *hizb al-islam wal-nahda*.

Aus der Bewegung der Muslimbruderschaft spalteten sich verschiedene Gruppen ab und gründeten eigene Parteien wie *hizb al-riyadah* und *hizb al-islam*. Vor der Revolution hatte sich *hizb al-wasat* gespalten. Von großer Bedeutung ist der Konflikt zwischen den Jungen und den Alten. Die neue Generation war gegen den Wunsch der Führung von Anfang an an der Revolution beteiligt und saß in der Vertretung der Jugend der Revolution. Sie verlangte mehr Partizipation und Demokratie.

Als die Spitze der neu gegründeten Partei *hizb al-adala wal-islam* von der Führung der Bewegung ohne Wahlen und nicht einmal mit Konsultationen ernannt wurde, gründeten junge Aktivisten eine neue Partei, *al-tayyar al-misri*, sie wurden aus der Bewegung ausgeschlossen. Die alte Führung zeigt sich reformresistent und jeder, der widerspricht oder in eine andere Partei als die der Bewegung eintritt wird ausgeschlossen.

Für den Wahlkampf wurde unter der Führung der Muslimbrüder eine Front gebildet mit circa 40 Parteien. Sehr schnell wurden die

Unterschiede sichtbar, die Radikalen warfen den Muslimbrüdern Kompromissbereitschaft und Opportunismus vor, weil sie christliche Kandidaten auf ihren Wahllisten aufstellen wollen. Sie verließen die Front. Das waren die Salafiten mit *hizb al-nour*, *hizb al-asala* und *hizb al-fadila*. Bald folgte al-jamaat al-ialamiyya mit *hizb al-bina wal-tanmiya*.

Auf der anderen Seite warfen die Liberalen den Muslimbrüder vor, zu radikal zu sein, weil sie u.a. den Wahlkampf mit ihren klassischen Slogan „Der Islam ist die Lösung“ führen wollen. Das waren *hizb al-wasat*, *hizb al-karama* und *hizb masr al-haditha*. Jetzt kurz vor den Wahlen konkurrieren drei islamistischen Listen um die Gunst des Wählers. Die Salafiten, die Muslimbrüder und die moderaten Islamisten.

Die Islamisten sind keine monolithische Gruppe. Die Spielregel der Freiheit und Demokratie, die sie zurzeit voll auskosten werden sie nicht so leicht abschaffen können, selbst wenn sie es wollen. Braucht man deswegen sich um die Zukunft keine Sorgen zu machen?

In Tunesien ist die Entwicklung bislang positiv verlaufen, al-nahda scheint glaubhaft zu sein und spielt mit offenen Karten. In Ägypten ist die Auseinandersetzung härter wegen der konfessionellen Gegebenheiten. Millionen von Christen leben im Land. Der Ausgang des Kampfes um den Scharia-Artikel wird über die Zukunft der Demokratie entscheiden. Den Ausgang kann man nicht voraussagen. Trotz der falschen Steuerrung der Revolution durch den Militärrat hat die Demokratie eine Dynamik geschaffen, deren Ergebnisse eher positiv zu bewerten sind.

## **Anhang**

### ***Algerien, Marokko und Jordanien***

In Algerien herrschen Verhältnisse wie in den meisten arabischen Ländern: eine explodierende Demographie, eine hohe Arbeitslosigkeit bei 40% und 28% der Bevölkerung leben unter der Armutsgrenze. Dies sind alles Elemente, die eine Revolution begünstigen; trotzdem hielt sich der Volksprotest bis jetzt in Grenzen. Das ist u.a. darauf zurückzuführen, dass die Armee vereint und mächtig ist und sie ihren Einfluss auf die Politik noch nicht verloren hat. Bouteflika hat zwar in den letzten Jahren die Sicherheitskräfte ausgebaut, um den Einfluß der Armee einzudämmen, seine Bemühungen haben aber bis jetzt nicht gefruchtet. Eins ist jedoch feststellbar: Die Sicherheitskräfte waren in der Lage, die Proteste mit Erfolg zu unterdrücken. In den 90er Jahren musste die Armee noch

intervenieren und acht Jahre lang einen blutigen Krieg gegen die Islamisten führen mit 150.000 bis 200.000 Opfer.

Einen anderen Grund bilden die stattlichen billig Kredite für die kleinen und mittleren Unternehmen und die staatlichen Darlehen für den Kauf oder Bau eines Eigenhauses. Bis Ende 2010 waren schon 190.000 Häuser fertiggestellt, 510.000 befanden sich im Bau und 400.000 waren geplant. Nicht zuletzt hat die Regierung auf den Ausbruch der Unruhen mit Geschenken im ersten Halbjahr 2011 in Höhe von 3,4 Milliarden Dollar reagiert. Die Gehälter vieler Berufsgruppen und Staatsdiener wurden um 110% erhöht.

Der König von Marokko ist als reformfreudig bekannt. Er hat u.a. im Jahre 2004 das Eherecht reformiert und 2009 den religiösen Bereich reorganisiert. Am 9. März dieses Jahres hat er auf die Proteste von Ende Januar reagiert und seine Absicht erklärt, die Verfassung zu ändern. Dann ging es ziemlich schnell. Der Verfassungsentwurf wurde öffentlich diskutiert, eine Mehrheit zu seinen Gunsten zeichnete sich in der Gesellschaft ab und wurde durch das Referendum am 2. Juli bestätigt. Die Verfassung erhielt 98,5% der Stimmen der Wähler.

Marokko befindet sich auf dem Weg zu einer konstitutionellen Monarchie. Die Regierung und der Premierminister haben nach der Verfassung mehr Befugnisse erhalten, auch andere staatliche Institutionen wie die Justiz wurden selbstständiger und mächtiger. Zur Enttäuschung der islamistischen Partei, „*Jama'at al-'adl wal ihsân*“ blieb der Islam wie vorher nur als Staatsreligion, die Religionsfreiheit wurde unterstrichen sowie die Anerkennung der Menschenrechte.

In Jordanien richtete sich die Protestbewegung gegen Korruption und Einschränkung der demokratischen Freiheiten. Der König versprach Reformen, bildete dafür ein Dialoggremium für die Ausarbeitung von Vorschlägen und entließ die Regierung. Die geforderten Reformen tendieren zur Schaffung einer konstitutionellen Monarchie, die schon im Ansatz in der Verfassung von 1952 existierte. Seitdem wurde die Verfassung allerdings so oft geändert, dass die Macht des Monarchen wieder uneingeschränkt ist.

Die Protestler verlangen die Wiederherstellung der Verfassung in ihrer Urform von 1952. Am 24. November stimmte das Parlament den Verfassungsänderungen zu, die vom Dialoggremium vorgeschlagen wurden. Diese Änderungen stärken im Allgemeinen die Position des Parlaments dem Thron gegenüber, ohne das gewünschte Maß an Reformen zu erreichen. Deshalb gehen die Proteste weiter.